

1 11/2018

Interpellation betreffend Stärkung der beruflichen Integration von sozialhilfebeziehenden Menschen

Fraktion SP

Die gesetzlichen Bestimmungen rund um die Sozialhilfe wurden vom Grossen Rat des Kantons Bern in der letzten Zeit massiv verschärft. Per 1. Januar 2019 werden auch die Löhne der Beschäftigungs- und Integrationsangebote gestrichen. Wie dem Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 28. Juni 2017 zum Entlastungspaket 2018 entnommen werden kann, beruhen die echten Einsparungen darin, dass Elemente wie Einkommensfreibeträge und Lohnnebenkosten wegfallen werden. Weitere Sparmassnahmen des Kantons sind leider absehbar.

Die Fachstelle Arbeitsintegration der Stadt Thun leistet eine wichtige Brückenfunktion zwischen sozialhilfebeziehenden Menschen und der Wirtschaft. Einerseits werden Menschen in Gruppenprogrammen auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet und/ oder sozial integriert, andererseits direkt in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Die Thuner Beschäftigungsprogramme werden anders als beispielsweise in der Stadt Bern zu 100 % vom Kanton finanziert.

Die Stadt Thun profitiert direkt oder indirekt von der Arbeitsleistung von sozialhilfebeziehenden Menschen. Sie erbringen beispielsweise Arbeitsleistungen für das Tiefbauamt, das Amt für Stadtliegenschaften oder für Veranstaltungen wie die Thuner Seespiele.

Vor diesem Hintergrund sieht die SP-Fraktion Handlungsbedarf für die Stadt Thun.

Wir bitten den Gemeinderat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Arbeitsstunden haben Programmteilnehmende der Fachstelle Arbeitsintegration direkt oder indirekt in den letzten fünf Jahren für die Stadt Thun geleistet?
2. Wie viele Programmteilnehmende der Fachstelle Arbeitsintegration hat die Stadt Thun in den letzten fünf Jahren angestellt?
3. Ist der Gemeinderat bereit, die Verwaltung dahingehend zu sensibilisieren, Programmteilnehmenden verstärkt eine Anstellungschance zu gewähren?
4. Wie viele zusätzliche Stellen müsste die Stadt Thun schaffen, wenn sie nicht mehr auf Programmteilnehmende der Fachstelle Arbeitsintegration zurückgreifen könnte?
5. Ist der Gemeinderat bereit, Angebote für die berufliche Integration von sozialhilfebeziehenden Menschen zu stärken und Teile davon auch aus eigenen Mitteln zu finanzieren?
6. Ist der Gemeinderat bereit, das Netzwerk zwischen der Fachstelle Arbeitsintegration und der Wirtschaft zu stärken?

Dringlichkeit: Wird nicht verlangt.



Thun, 5. Juli 2018